



25.06.2014

## Finanzierung von Fernbus-Stationen

### Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages

1. Das Präsidium des Deutschen Städtetages nimmt zur Kenntnis, dass infolge der Liberalisierung des Fernbusverkehrs zum 01.01.2013 eine Vielzahl an neuen Linienverbindungen genehmigt wurde und die Nachfrage nach den neuen Fernverkehrsleistungen mit dem Bus weiter zunimmt. Daraus ergeben sich Chancen für neue städtische Verbindungen, aber auch Herausforderungen an die Qualifizierung und den Ausbau der Infrastruktur.
2. Das Präsidium stellt fest, dass die Städte nicht für die Finanzierung von Haltepunkten des Fernbusverkehrs zuständig sind. Das Präsidium ersucht den Bund, seiner Zuständigkeit und Verantwortung für den Fernverkehr gerecht zu werden. Ohne eine Förderung für den Aufbau und die Anpassung der Infrastruktur droht das Modell des liberalisierten Fernbusses in Ergänzung zu den vorhandenen Fernverkehrsstrukturen zu versagen.
3. Das Präsidium hält an der Forderung fest, im Zuge der Erweiterung der Lkw-Maut auf das nachgeordnete Straßennetz den Busfernlinienverkehr in die Schwerverkehrsabgabe einzubeziehen.
4. Das Präsidium fordert Bund und Länder auf, die Zielerreichung des Fernbusverkehrs und die Auswirkungen auf andere Verkehrsträger und auf die städtischen Verkehre kritisch zu prüfen. Ausnahmen von den Bedienverböten für Strecken unter 50 km und unter einer Stunde Fahrzeit müssen restriktiv ausgelegt werden. Zudem muss die Rolle der Kommunen im Genehmigungs-verfahren gestärkt und eine "Beeinträchtigung der öffentlichen Verkehrsinteressen" als Versagungsgrund wieder in das Personenbeförderungsgesetz aufgenommen werden.
5. Das Präsidium sieht das Erfordernis, für eingerichtete Fernbusterminals und -haltestellen einen Benutzungszwang vorzusehen, um einer ungesteuerten Verteilung von Fernbushaltepunkten in den Städten entgegenzuwirken, der kommunalen Planungshoheit Rechnung zu tragen und die Voraussetzungen für eine Gebührenerhebung für die Nutzung von Fernbushaltestellen bundeseinheitlich zu schaffen, um Träger- und Betreibermodelle finanziell abzusichern.

Deutscher Städtetag Berlin  
Tel. 030 37711-0  
post@staedtetag.de

Deutscher Städtetag Köln  
Tel. 0221 3771-0  
post@staedtetag.de